
Das EU-Türkei-Abkommen

Am 18. März 2016 stimmte der Europäische Rat in Brüssel einstimmig dem EU-Türkei-Abkommen zu. Diese Vereinbarung, der eine monatelange Verhandlung beider Parteien über einen gemeinsamen Aktionsplan vorausging, sollte vordergründig dafür Sorge tragen, dass die illegale Migration in die EU über die Türkei unterbunden und die humanitäre Situation in Syrien verbessert wird; hierzu hat die Europäische Union dem Regime Erdoğan finanzielle Hilfen in Milliardenhöhe zugesagt.[1]

Den traurigen Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit in der Nacht zum 09. September 2020, als inmitten der COVID-19-Pandemie Brände im hoffnungslos überfüllten Lager Moria auf der Insel Lesbos ausbrachen und der Weltöffentlichkeit das Versagen der EU in etlichen Videos und Bildern unmittelbar präsentiert wurde: die Anzahl der Flüchtenden nach Westeuropa konnte reduziert werden, das Leid blieb.

Was ist Moria?

Das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos war ursprünglich für 2.800 Menschen mit einer maximalen Verweildauer von 30 Tagen konzipiert [2] und sollte im EU-Türkei-Abkommen eine entscheidende Rolle „zur Beendigung des menschlichen Leids und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ spielen.[3]

Konkret verpflichtete sich die EU, die auf den griechischen Inseln angelangten Schutzsuchenden unter Berücksichtigung des Völkerrechts und des EU-Rechts in die Türkei zurückzuführen, wo nach erfolgter Registrierung die Asylanträge auf Einzelfallbasis überprüft werden sollten. Im Gegenzug sah die 1:1-Neuansiedlung die Überführung eines syrischen Flüchtlings aus der Türkei in die EU vor.

Bereits im Frühjahr 2020 bezeichnete der Regionalgouverneur der nördlichen Ägäis die Insel Lesbos als „Pulverfass kurz vor Explosion“. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mehr als 20.000 Schutzsuchende im Lager Moria, rund 40% waren Kinder.[4]

Als Grund für die Überfüllung der Lager galt die Überlastung griechischer Behörden.[5] Vor allem jedoch waren die dortigen Zustände längst auch der EU sowie der deutschen Bundesregierung bekannt. Bereits im September 2019 betitelte Regierungssprecher Seibert den Tod einer Mutter und ihres Kindes in Folge zweier Brände als „Tragödie, die auch uns bestürzt“, woraufhin Deutschland der griechischen Regierung „administrative Hilfe“ zur Bewältigung der dramatischen Situation zugesagt hat.[6]

Nichtsdestotrotz verschlechterten sich die menschenunwürdigen Zustände im Lager kontinuierlich. So waren im Januar 2020 lediglich acht Krankenschwestern, drei Ärztinnen und zwei Hebammen für rund 20.000 Menschen zuständig. Umgerechnet kamen im Inneren des Hotspots auf ca. 200 Personen eine Dusche und eine Toilette, für die Essensausgabe mussten die Schutzsuchenden täglich stundenlang warten.[4] Die mit einfachen Planen bedeckten Hütten waren $3m^2$ groß und beherbergten eine Mutter und ihre zwei Kinder.[7]

Auch die maximale Verweildauer von 30 Tagen vervielfachte sich im Laufe der Zeit, sodass die Schutzsuchenden teilweise über ein Jahr ohne jede Perspektive auf ihren Asylbescheid im Lager Moria ausharren mussten.[8] Neben den traumatischen Erlebnissen während ihrer Flucht können diese menschenunwürdigen Bedingungen, die permanente Unsicherheit und der tägliche Stress insbesondere bei Kindern langfristige, schwere Schäden sowie Suizidversuche verursachen.[4]

Wieso müssen Menschen fliehen?

Die UNO Flüchtlingshilfe informiert auf ihrer Homepage [9] über die Fluchtursachen

- Klima & Umwelt
- Menschenrechtsverletzungen
- Hunger
- Krieg & Gewalt

Deutschland war im Zeitraum von 2014 bis 2018 viertgrößter Waffenexporteur der Welt. Gemeinsam mit den USA, Russland, Frankreich und China zeichnete man für drei Viertel des weltweiten Waffenhandels verantwortlich.[10]

Im Jahr 2019 erhielt die Türkei Rüstungsgüter für fast 345 Mio. Euro und war damit im zweiten Jahr in Folge größter Abnehmer deutscher Waffen. Im Oktober desselben Jahres marschierten türkische Truppen folglich in Syrien ein, woraufhin die Bundesregierung einen Rüstungsexportstopp gegen das Land verhängt hat. Diese Entscheidung galt jedoch nur für Waffen, die im Syrien-Krieg eingesetzt werden können.[11]

Doch nicht nur im türkischen Grenzgebiet, auch in Krisenregionen im Jemen oder Libyen, das seit 2011 von gewaltsamen Konflikten erschüttert wird und sich seit fast sieben Jahren im Bürgerkrieg befindet, spielen deutsche Waffen eine entscheidende Rolle. Im Jahr 2020 genehmigte die Bundesregierung Waffenexporte für über 1 Mrd. Euro an Länder, die an Kriegen in diesen Gebieten beteiligt sind. Alleine Ägypten wurden bis zum 17. Dezember Rüstungsgüter in Höhe von 752 Mio. Euro bewilligt.[12]

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind aktuell mehr als 800.000 Menschen in Libyen auf humanitäre Hilfe angewiesen, über 30% davon sind Kinder. In Folge des Bürgerkriegs im Land ist eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser und Arznei längst nicht mehr gegeben. Gewalt, Plünderungen sowie Angriffe auf medizinische Einrichtungen gehören zum Alltag, die Menschen werden zur Flucht gezwungen.[13]

Ca. 90% aller Fluchtversuche über das Mittelmeer beginnen in Libyen, alleine 2019 zählte die UN-Organisation für Migration 1.885 Todesfälle bei diesen Überfahrten. Um dem Sterben im Mittelmeer entgegenzuwirken, startete die EU im Jahr 2015 die Rettungsmission „Sophia“ für Menschen in Seenot - rund vier Jahre später wurden die Schiffe abgezogen, da Italien sich weigerte, die Schutzsuchenden aufzunehmen.[14] Wenige Monate zuvor wurde Carola Rackete, Kapitänin der *Sea-Watch 3*, im Hafen Lampedusas festgenommen.[15]

Neben der Anzahl der Waffen hat sich auch die Art der Kriegsführung verändert. Schon vor Jahren bezeichnete ein ehemaliger US-Drohnen-Operator das Drohnenprogramm der Vereinigten Staaten als „Menschenjagd“, die ohne die „zentrale Relaisstation“ im deutschen Ramstein nicht möglich wäre. Er berichtete, dass bereits Jungen ab 12 Jahren als legitime Tötungsziele betrachtet und die Gefahreinstufung unter anderem nur aufgrund von Metadaten vorgenommen würden.[16] Sogar oberflächliche Merkmale, bspw. das Tragen eines Bartes, könnten ausreichen, um einen Menschen als potenzielle Gefahr auszumachen.[17] Der Journalisten-Verein „The Bureau of Investigative Journalism“ zählt bis heute über 1.500 Zivilisten, die durch solche Operationen getötet wurden, darunter mehr als 280 Kinder.[18] Sehr gut dokumentiert ist die Kommunikation vor und während eines Einsatzes im afghanischen Khod vom 21. Februar 2010, dem 23 Zivilisten zum Opfer fielen.[17] 2016 bestätigte das Auswärtige Amt die Bedeutung Ramsteins für US-amerikanische Drohnen-Einsätze.[19]

Offizieller Standpunkt Deutschlands

Mit Abschluss des EU-Türkei-Abkommens vom 18. März 2016 verpflichtete sich die EU zur Einhaltung des geltenden Völkerrechts beim Umgang mit Flüchtlingen und der ordnungsgemäßen Registrierung sowie Bearbeitung der Asylanträge sämtlicher Schutzsuchender und Migrantinnen, die auf griechischen Inseln wie Lesbos ankommen. Weiterhin vereinbarten beide Parteien gemeinsame Anstrengungen „zur Verbesserung der humanitären Bedingungen in Syrien, hier insbesondere in bestimmten Zonen nahe der türkischen Grenze“, mit dem übergeordneten Ziel der „Beendigung des menschlichen Leids“ und der „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“.

Am 09. Oktober 2019 begann die türkische Militäroffensive in Nordsyrien unter der Bezeichnung „Operation Friedensquelle“, exakt 11 Monate später brannte das Flüchtlingslager Moria erneut.

Die Bundesregierung bezeichnet das Abkommen auf ihrer Homepage nach wie vor als gemeinsamen Erfolg und begründet dies vor allem mit der deutlich gesunkenen Anzahl an Migrantinnen, die nach „dem Höhepunkt der illegalen Zuwanderung nach Europa im Sommer/Herbst 2015“ aktuell noch in Westeuropa und Deutschland ankommen. Es wird weiterhin bekräftigt, dass der Kampf gegen Fluchtursachen entscheidend ist, um den Menschen in ihren Herkunftsländern wieder Perspektiven zu bieten.[20]

Rund ein halbes Jahr nach dem Einmarsch der türkischen Truppen in angrenzenden syrischen Gebieten veröffentlichte die Bundesregierung ein weiteres Statement, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Einhaltung des Abkommens weiterhin im Interesse beider Seiten sei. Aus diesem Grund gehe Deutschland „davon aus, dass sich die Türkei an die Erklärung halten wird“.[21]

Rund eine Woche nach den Bränden im September 2020 versprach die zuständige EU-Kommissarin für Migration in einer Parlamentsdebatte, es werde „keine weiteren Morias“ geben. [22] Etwa zur gleichen Zeit wurden die Schutzsuchenden im Übergangslager Kara Tepe untergebracht.

Kurz vor Weihnachten berichteten die Organisationen Human Rights Watch und Ärzte ohne Grenzen, dass die Bedingungen dort noch prekärer seien als im alten Lager. Ein neues Camp, das europäischen Standards genüge, ist für September 2021 angekündigt.[23]

Literatur

- [1] Nichtigkeitsklage - Erklärung EU-Türkei vom 18.März 2016, 28.02.2017,
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62016TO0192&from=EN>
- [2] UNHCR verstärkt Hilfe auf griechischer Insel Lesbos, 13.11.2015,
<https://www.unhcr.org/dach/at/8594-unhcr-verstaerkt-hilfe-auf-griechischer-insel-lesbos.html>
- [3] Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016 ,
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>
- [4] Albtraum Moria, 24.01.2020,
<https://www.proasyl.de/news/albtraum-moria/>
- [5] Der Flüchtlingspakt mit der Türkei und seine Probleme, 02.10.2019,
https://www.deutschlandfunk.de/eu-tuerkei-abkommen-der-fluechtlingspakt-mit-der-tuerkei.2852.de.html?dram:article_id=460208
- [6] Lage der Flüchtlinge auf Lesbos - Bundesregierung will schnellere Rückführungen, 30.09.2019,
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/zwei-fluechtlinge-in-lager-auf-lesbos-bei-feuer-umgekommen-100.html>
- [7] Drei Quadratmeter Schande - EU-Parlamentarier Erik Marquardt zur Situation in griechischen Flüchtlingslagern, 08.05.2020,
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1136473.moria-drei-quadratmeter-schande.html>
- [8] Keine Zeit, um aufzugeben, 20.09.2018,
<https://www.woz.ch/-908a>
- [9] UNHCR - Fluchtursachen
<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen/>
- [10] Deutschland steigerte Waffen-Exporte um 13 Prozent, 11.03.2019,
<https://www.tagesspiegel.de/politik/weltweite-ruestung-deutschland-steinigerte-waffen-exporte-um-13-prozent/24089842.html>
- [11] Kriegswaffen aus Deutschland - Türkei bleibt bester Kunde, 23.06.2020,
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/waffenexporte-tuerkei-109.html>
- [12] Rüstungsexporte in Milliardenhöhe - Deutsche Waffen für Krisenregion, 03.01.2021,
<https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte-deutschland-107.html>
- [13] UNHCR - (Über-)Leben im „failed state“
<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/libyen/>
- [14] Mehr als 20.000 Tote auf Mittelmeer-Fluchtroute seit 2014, 06.03.2020,
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/flucht-mittelmeer-fluechtlinge-migration-vereinte-nationen>
- [15] Migranten im Mittelmeer - „Sea-Watch 3“ legt in Lampedusa an – Kapitänin festgenommen, 29.06.2019,
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/sea-watch-3-legt-im-hafen-von-lampedusa-an-16260035.html>
- [16] Ex-Drohnenpilot im NSA-Ausschuss: Jungen ab 12 als „legitime Ziele“, 15.10.2015,
<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Ex-Drohnenpilot-im-NSA-Ausschuss-Jungen-ab-12-als-legitime-Ziele-2849015.html>
- [17] Drohnenkrieg - Tod aus der Luft (ZDFinfo HD), 13.07.2017,
<https://www.youtube.com/watch?v=nI2gwDzhcSg>
- [18] Drone wars: the full data,
<https://www.thebureauinvestigates.com/stories/2017-01-01/drone-wars-the-full-data>
- [19] USA räumen Datenweiterleitung über Ramstein ein, 02.12.2016,
<https://www.golem.de/news/drohnenkrieg-usa-raeumen-datenweiterleitung-ueber-ramstein-ein-1612-124845.html>
- [20] Flüchtlings- und Asylpolitik - Was macht Europa?,
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/migration-und-integration/was-macht-europa-317168>
- [21] Fragen und Antworten - Fakten zur EU-Türkei-Erklärung, 05.03.2020,
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/faq-eu-tuerkei-erklaerung-1728136>
- [22] Moria: Empörung und Abgrenzung im EU-Parlament, 17.09.2020,
<https://www.dw.com/de/moria-emp%C3%B6rung-und-abgrenzung-im-eu-parlament/a-54960264>
- [23] Flüchtlingslager Kara Tepe - Verzweifelter Kampf gegen die Kälte, 18.12.2020,
<https://www.tagesschau.de/ausland/moria-kara-tepe-101.html>